



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 4

*

solidaritaet@gmx.at

*

September 2026

Im Namen des „Schutzes der Neutralität“ gegen eine wirklich gelebte Neutralität Österreichs I

Unfassbar: Lockerung für Kriegs-Rüstungsexporte

Was bislang verboten und unter Strafandrohung stand - Rüstungsexporte, die in Krieg führenden Ländern landen könnten - sollen nach dem Willen der ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung gelockert werden. Derzeit sind Exporte von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern sowie Kriegsmaterial aus Neutralitätsgründen in der Regel genehmigungspflichtig. Weil Betriebe in Österreich, die oft in ausländischer Hand sind - wie z.B. Rheinmetall - *"am Rüstungsboom in Europa profitieren wollen"*, ein Auftragsvolumen von zwei Milliarden Euro wird erwartet, will Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer das Kriegsmaterialengesetz ändern (Kurier, 16.7.2026). Um die Bevölkerung zu beruhigen, beteuert Hattmannsdorfer, dass er natürlich an der Neutralität nicht rütteln wolle. Dass ist Ablenkung, denn die Konzerne erhoffen sich und wollen noch viel mehr Profite, nämlich den Ausbau des "Rüstungsstandortes Österreich" und beim 800-Milliarden-Euro-EU-Rüstungspaket mit bis zu 20 Milliarden Euro am Geschäft mitprofitieren (Kurier, 28.9.2025) - siehe dazu unseren Artikel aus dem Vorjahr:

[Soli-Ztg 5 Dez 2025 HP comp](#), Seite 7). Das zieht Österreich in Kriegsvorbereitungen und letztlich in Kriege hinein!

Der § 320 des Strafgesetzbuches soll deshalb aufgehoben werden, damit österreichische Rüstungsexporteure bei Lieferungen von Waffen in Kriegsgebiete wegen Verletzung der immerwährenden Neutralität nicht ins Gefängnis müssen. Nicht genug damit, fordert die

Industriellenvereinigung für Rüstungsinvestitionen *"Sofortabschreibungen und Super- und Hyperabschreibungen von bis zu 150 %. Damit könnten Unternehmen Investitionen sofort steuerlich geltend machen, die tatsächliche Steuerleistung würde erst nach drei bis sieben Jahren fällig."*

(Hervorhebung d.Red.; Kurier, 22.6.2026, <https://www.pressreader.com/austria/kurier-3402/20260722/282071988678182>).

Begründung: *"Ein exportgetriebener Aufschwung sei angesichts der weltweiten Lage nicht zu erwarten."* Verräterisch: In Aufrüstung und Krieg sieht die Industrie, sieht das Kapital seinen einzigen Ausweg Profite abzusichern und neue, enorm hohe dazu zu erlangen - auf Kosten des Lebens von Hundertausenden, ja Millionen von Menschen! Die Industrie, das Kapital, der Profit ist heilig und unantastbar, koste es was es wolle - sogar unser Leben. Das ist das erste Gebot des Kapitals-Katechismus. Wo bleibt der Aufschrei von SPÖ, AK und ÖGB, wo von der sogenannten "Opposition" im Parlament?!

Dazu passt, dass z.B. bei den „ORF-Sommergesprächen“ keiner der Parteienvertreter:innen – obwohl rundum in der Welt Krisen und Kriege stattfinden – zur Neutralität oder zur geplanten Aufhebung der derzeit noch neutralitätswidrigen Kriegs-Rüstungsexport befragt wurde.

Dabei bräuchten wir nur die Lehre aus zwei Weltkriegen beachten, die 1955 in der immerwährenden Neutralität Österreichs einen starken Ausdruck fand.*

Sozialversicherung/Gesundheit:

Pharmakonzerne und Apotheken profitieren, Patienten warten länger und zahlen immer mehr selbst

Die jüngste "Gesundheitsreform" tröstet uns arbeitende Menschen, die die Sozialversicherungsbeiträge erarbeiten und einzahlen, lange Wartezeiten in Kauf nehmen und gegebenenfalls höhere Kosten für Wahlärzte wegen Unterversorgung in Anspruch nehmen müssen, durch den Ausbau von weiteren Primärversorgungs-Zentren (PVZ) auf 300 bis 2030 und neuen 75 Facharzt-Zentren (FAZ) bis 2040! Und: Obwohl offiziell bestritten, werden wohl Spitalsstandorte reduziert oder geschlossen werden, weil

sie ja zum Teil zu Facharzt-Zentren werden sollen. So sollen zwar "Spitalkosten" eingespart, die Kosten aber für die PVZs und FAZs vor allem der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) umgehängt werden (<https://orf.at/stories/3436997>, 22.7.2026). Die solidarische Krankenversicherung würde damit weiter in Defizite und die Gesundheitsversorgung mittelfristig noch mehr privaten gewinnorientierten Gesundheitskonzernen zugeschoben werden. Im REHA-Bereich bringen sich ja

schon private Konzerne in Stellung, so etwa die aus dem Vamed-Verkauf an den französischen Heuschreckenkonzern PAI Partners hervorgegangene Vitrea-Gruppe (siehe z.B. Kurier, 14.7.2026;

<https://kurier.at/wirtschaft/vitrea-reha-vamed-gesundheit-system-vorsorge/403176060>).

Die ÖGK-Führung, von der Wirtschaftskammer dominiert, sparen schon jetzt bei den Versicherten: Nach der Erhöhung von verschiedenen Selbstbehalten soll bei den Serviceleistungen für die Patient:innen "gespart" werden. So soll die Zahl der 136 existierenden ÖGK-Servicestellen in Österreich auf die Hälfte verringert werden (Kurier, 20.7.2026). Da soll gespart werden. Dazu muss man wissen, dass die gesamten Verwaltungskosten der ÖGK rund 2% oder 0,43 Milliarden der Ausgaben von 21,8 Milliarden Euro ausmachen. Gleichzeitig werden die Medikamentenkosten, die 20 % oder 4,78 Milliarden Euro ausmachen (siehe ÖGK-Jahresbericht 2025, <https://www.oegk.at/cdscontent/load?contentid=10008.808696&version=1784629999>) nicht angegriffen. Diese haben sich seit 2022 um jährlich 7 bis 8 % erhöht (siehe SV-Heilmittelpport 2026,

<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.808639&version=1784020128>). Die Medikamentenerzeuger, die Pharmakonzerne, die in Gewinnen schwimmen, drohen regelmäßig mit dem Stopp der Medikamentenlieferungen und diktieren einseitig die Preise. Und die Apotheken, die Verteiler der Medikamente, haben Gewinnspannen von bis zu 20%. Da greift niemand hin. Das wird auch scheints von der ÖGK-Spitze, die von Wirtschafts- und Industrievertretern mit wechselndem SPÖ-Vertreter-Aufputz diktiert wird, nicht in Frage gestellt. So wird das solidarische Sozialversicherungssystem der Arbeiter und Angestellten unterhöhlt, durch die Wirtschaftsfunktionäre in der ÖGK und unter mehr oder weniger Schweigen der SPÖ-Vertreter in der ÖGK zum Bedienungsladen für die Interessen und Gewinne der Pharmaindustrie, Apothekerbranche oder immer mehr privaten "Gesundheitsanbieter" (z.B. im REHA-Bereich) gemacht. Die ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung schaut weg und die, die diese Sozialversicherungs"reform" mit der ÖVP 2018 durchgepeitscht haben, die FPÖ, die sich sonst gerne als "Opposition" und "Anwalt des kleinen Mannes" aufspielt, schweigt auch dazu. Wo bleibt der Aufschrei von AK, ÖGB, und den SPÖ-Vertretern in der Regierung?

Im Namen des „Schutzes der Neutralität“ gegen eine wirklich gelebte Neutralität Österreichs II Satelliten-Kooperation mit NATO-Staaten

Der Sommer geht zu Ende und es war so heiß wie noch nie! Die Menschen litten und leiden darunter extrem und haben überdies auch noch viele andere Probleme, vor allem die steigenden Lebenshaltungskosten zu bewältigen. Denn trotz aller "Bremsen" für Strom, Mieten, Treibstoff, Mehrwertsteuer, spürt die Masse der arbeitenden Menschen kaum oder keine Entlastung, ja eine einseitige Belastung durch das Doppelbudget, während Konzerne und Vermögende weniger belastet sind, wie die AK analysiert

(<https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/Budget.html>).

Im Windschatten dieser Probleme, die die Allgemeinheit direkt betreffen, positionieren sich ÖVP-Bundeskanzler Stocker, NEOS-Außenministerin Meisl-Reisinger und ÖVP-"Kriegs-Verteidigungs-Ministerin" Tanner immer mehr gegen die Neutralität Österreichs - obwohl sie dauernd im selben Atemzug versichern, dass alles mit der Neutralität vereinbar sei.

So sagten fast wortgleich Kanzler Stocker und Außenministerin Meisl-Reisinger, dass Österreich in der "Verteidigung in Europa kein weißer Fleck sein dürfe". Müssen wir "Europa" verteidigen? Nein! Ja, Österreich soll ein weißer Fleck, d.h. ein neutraler Bereich in einem Europa der Kriegstreiberei sein und bleiben! Die Aufgabe Österreichs ist den Frieden und die Neutralität zu verteidigen, darauf sind alle staatlichen Vertreter vereidigt!

"Kriegs-Verteidigungs-Ministerin" Tanner wiederum fährt - ähnlich wie ÖVP-Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer von einem Rüstungsbetrieb zum anderen, bevorzugt zum "Großen-Bruder"-Rüstungsbetrieb der deutschen Rheinmetall nach Wien-Liesing, mit ihrem Schweizer Amtskollegen zur Rheinmetall in Zürich. Dort gab sich Tanner

ganz stolz, dass Österreich das erste Land mit einem SkyRanger-Kaufvertrag ist (Kurier, 8.7.2026).

Tanner und "ihr" Militär, gedeckt von der ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung und lobbyiert von der Industrie, wollen noch mehr, nämlich "eigene" Satelliten im Weltall. Zwar werden die Satelliten zum Teil in Österreich produziert, doch weder ihr Einsatz ist eigenständig, noch soll der Nutzen nur Österreich dienen, sondern ausdrücklich einen "europäischen Beitrag" leisten (Generalmajor Friedrich Teichmann,

<https://austria-in-space.at/de/news/2026/20260702-oesterreichs-bundesheer-baut-sich-seinen-eigenen-zugang-zum-weltraum.php>).

Bekanntlich sind 23 der 27 EU-Länder NATO-Staaten! Eine bereits laufende Satellitenkooperation ist z.B. jene mit dem NATO-Staat Niederlande und der Elon Musk Firma SpaceX (USA), die die Satelliten ins Weltall schießen soll (Kurier, 2.2.2026).

Ein weiteres Satellitenprojekt ("GovSat 2") soll jetzt mit Luxemburg starten (Kleine Zeitung und Salzburger Nachrichten, 13.7.2026, Kurier, 20.7.2026) und zwar mit der luxemburgischen Firma SES S.A (https://de.wikipedia.org/wiki/SES_S.A.), einem der größten und wichtigsten Satellitenbetreiber der Welt. (<https://www.facebook.com/defenseu/posts/luxemburg-und-%C3%B6sterreich-st%C3%A4rken-ihre-zusammenarbeit-im-bereich-verteidigung-anl/1026201693711228/>). Gebaut soll der Satellit von der französisch-italienischen Firma Thales Alenia Space werden.

(https://de.wikipedia.org/wiki/Thales_Alenia_Space).

Schon zuvor fand Ende Mai 2026 unter der "Führerschaft" von Deutschlands Kriegs-Verteidigungsminister Pistorius in Berlin zur Abstimmung dieser Kooperation ein gemeinsames Treffen von

Deutschland, Österreich, Schweiz (D-A-CH) mit Luxemburg statt. "Geplant seien Satellitenkonstellationen, unabhängige europäische Startkapazitäten sowie gemeinsame Projekte in Aufklärung, Luftverteidigung und Weltraumüberwachung. *'Wir Deutsche arbeiten im Weltraum vertrauensvoll mit euch aus Österreich, der Schweiz und Luxemburg zusammen'*", sagte Pistorius" (<https://www.diplo.news/articles/auch-im-weltraum-neutrale-und-nato-intensivieren-zusammenarbeit>).

Dass Deutschland, Luxemburg, Italien und Frankreich NATO-Staaten sind und somit von **"Eigenständigkeit"** und **„Vereinbarkeit mit der Neutralität“** nicht die Rede sein kann, wird von Tanner und Teichmann weggeredet. **Tanner** sagt: Bei dem Projekt sei Österreichs Neutralität davon nicht berührt, „wir arbeiten ja mit sehr vielen, auch NATO-Staaten zusammen, wir sind lange schon als Partner bei der NATO-Partnerschaft for Peace.“ Und Bundesheer-Generalmajor **Teichmann** sagt: „Wir glauben, dass Luxemburg ein guter Partner ist, wo das NATO-Thema also nicht aufschlagen wird, weil das ja im Rahmen der EU ist“ (jew. zit. nach ORF-Ö1-Mittagsjournal, 16.7.2026). Das heißt hier wird der schon Jahrzehnte lang betriebene Bruch der immerwährenden Neutralität Österreichs von Tanner, dem Militär und der Regierung als „Rechtfertigung“ genommen, dass man jetzt weiter und noch mehr, entweder sich direkt an die NATO oder indirekt mit der NATO über EU-Staaten anschließt! Das ist unverfroren und mehr denn je neutralitätswidrig!

Preisbremsen?

Strompreisbremse, Mietenpreisbremse, Spritpreisbremse, Mehrwertsteuerbremse - und trotzdem merkt keiner etwas davon. Während die Strompreisbremse für die arbeitenden Menschen längst ausgelaufen ist, bekommen die Konzerne vom Staat Energiekosten-Förderungen. Die Mehrwertsteuersenkung ist ein Hohn und wird durch die Paketsteuer wieder mehr als aufgefressen. Die sowieso kaum zu kontrollierende Spritpreisbremse wurde zuletzt halbiert und wird trotz steigender Treibstoffpreise, die jetzt wieder auf fast 2 Euro/Liter, bei Diesel bereits darüber klettert, nicht angehoben. Ganz abgesehen davon, dass die Ölmultis praktisch ungeschoren davonkommen und die Preise diktieren. Die Regierung schaut zu und greift weiter die Profite der Ölkonzerne nicht an. Die Mietpreisbremse macht das Wohnen nicht wesentlich billiger. Die Vermieter hatten schon die Jahre davor ihre Profite und die Betriebskosten, die oft das Doppelte der Miete ausmachen steigen munter weiter und fressen die "Mietpreisbremse" auf. Zudem sind 600.000 Mieten in Genossenschaftswohnungen gar nicht von der Mietpreisbremse erfasst, wie die SPÖ-nahe Mietervereinigung NÖ-Burgendland feststellt. Siehe dazu auch unseren Artikel zum Doppel-"Spar"-Budget ([Soli-Ztg. Nr. 3, Juni 2026 HP comp](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/Budget.html)) sowie die AK-Analyse (<https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/Budget.html>)

warum lachst du über menschen die kröten über die straße tragen damit sie nicht von autos zerquetscht werden warum schüttelst du den kopf über menschen die den trockenrasen in der wachau pflegen und dadurch ein unesco welterbe erhalten warum ärgerst du dich nicht über alle jene die noch immer co2 in die luft blasen und dadurch zu diesem verrückt heißen sommer beigetragen haben und auch nicht bereit sind sich und die umstände zu verändern warum gibt es nicht schon längst autofreie tage wie zur zeit der ölkrise um wenigstens einen kleinen teilbeitrag zur entspannung der klimakrise zu leisten warum ärgerst du dich nicht über eine in der waffenfabrik glücklich lächelnde verteidigungsministerin die ungeheure summen des von uns erarbeiteten geldes mit einem lächeln für waffen verschleudert warum bist du nicht über jenen israelischen minister empört der die menschen in gaza als tiere bezeichnet und verlangt, dass täglich eine größere zahl dieser "tiere" getötet werden sollen warum...

Die Propaganda, dass Russland die NATO bedroht, soll die Kriegs-Aufrüstung gegen Russland rechtfertigen

Der an der UNI-Innsbruck lehrende Politologe Prof. Gerhard Mangott sieht durch die steigenden Rüstungsausgaben der EU-Staaten eine Gefahr für Sozialstaat und soziale Sicherheit. Und er fragt: *"Welche Auswirkungen hat Aufrüstung auf andere Bereiche wie den Sozialstaat?"* Und er fragt weiter: *"Wie wird diese Aufrüstung finanziert? Erfolgt sie über Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen oder Schulden?"* Die Grenze sieht er dort erreicht, *"wo Aufrüstung mit überzeichneten oder nicht realistischen Bedrohungsszenarien begründet wird. Ich sehe derzeit keinen substanziellen militärischen Angriff Russlands auf einen NATO-Staat als wahrscheinlich an."* ... *"Seit drei oder vier Jahren wird aus Politik, Wissenschaft und Medien immer wieder das Narrativ vermittelt, Europa könnte nach einem Ende des Ukraine-Kriegs das nächste Ziel Russland sein. Dieses Szenario halte ich in dieser Form nicht für realistisch."* Die Folgen der Aufrüstung für den Sozialstaat gehen für Prof. Mangott derzeit unter: *"Wenn man fragt, ob ein Krankenbett wichtiger ist als ein neuer Panzer, folgt oft sofort der Vorwurf, man bediene russische Narrative. ... Nicht nur militärische Bedrohungen können die Sicherheit eines Staates gefährden, sondern auch soziale Kürzungen und die daraus entstehende Unzufriedenheit. ... Wer solche Fragen stellt, sollte nicht delegitimiert werden. Häufig wird Kritik an steigenden Rüstungsausgaben vorschnell als Unterstützung russischer Narrative abgetan. ... Wer diese Fragen stellt, sollte nicht automatisch unter Generalverdacht geraten."* Und: *"Seit einigen Jahren wird immer wieder behauptet, Europa müsse die Ukraine so lange unterstützen, bis es selbst ausreichend aufgerüstet sei, weil Russland anschließend NATO-Staaten angreifen werde. Diese Schlussfolgerung setzt einen russischen Angriff als nahezu sicher voraus. Diese Einschätzung teile ich nicht."* (Interview im Kurier, 20.7.2026: "Wo Aufrüstung ihre Grenzen hat",

<https://kurier.at/politik/ausland/ruestung-folgen-fuer-den-sozialstaat-sicherheit-gerhard-mangott-ruestungsindustrie/403176319>

Unser ergänzender Kommentar: Richtig stellt Prof. Mangott das Russlands-Bedrohungsszenario als Vorwand für EUropa-Aufrüstung dar. Prof. Mangott irrt aber (bewusst??) in diesem Artikel, wenn er die EUropäische Aufrüstung damit begründet, dass die USA sich aus Europa schrittweise zurückzieht. Erstens stimmt das nicht, US-Truppen und vor allem US-Atomwaffen bleiben, weiters sind die USA in Konkurrenz zu vor allem Deutschland, Frankreich, Großbritannien in der Ukraine präsent. Und zweitens sieht Prof. Mangott nicht oder will nicht sehen und sagen, dass die EUropa-Aufrüstung, an der sich auch Österreich indirekt über EU-Gelder und "konstruktive Enthaltung" in den EU-Gremien (= de facto Zustimmung) und eigene Aufrüstung in Anbindung und Angleichung an NATO/EU/Deutschland Kriegsaufrüstung beteiligt, dazu dient so oder so eine von den USA immer weniger abhängige Kriegsrüstung aufzubauen. U m wie es Von der Leyen sagt in der Welt (in Konkurrenz zu den USA) wieder eine Rolle zu spielen, oder wie es Deutschlands Kanzler Merz noch direkter sagt, für einen Krieg gegen Russland aufzurüsten.

Die Tatsache, dass Russland sowohl wirtschaftlich als auch militärisch der EU und der NATO x-fach unterlegen ist verschweigt Prof. Mangott ebenfalls, denn:

Wer bedroht wen? Im Jahr 2025 betrugen die Rüstungsausgaben der USA ca. 997 Milliarden Dollar und von westeuropäischen Staaten ca. 860 Milliarden Dollar, das sind zusammen ca. 1.857 Milliarden Dollar. Die Rüstungsausgaben von Russland und China betrugen ca. 190 bzw. ca. 336 Milliarden Dollar, das sind zusammen ca. 526 Milliarden Dollar. Das heißt: Die Rüstungsausgaben der USA und Europas betragen fast das 4-fache der Rüstungsausgaben von Russland und China (siehe auch: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben>).

Milliarden zur Fortsetzung des Ukrainekrieges

Der deutsche Schriftsteller, Philosoph, Publizist Richard David Precht sorgte damit für Aufsehen, dass er sagte, was breite Bevölkerungsschichten sowieso schon denken. Er meinte sinngemäß in einer Talk-Sendung, dass Deutschland kein Interesse habe, den Krieg zu beenden, sondern den Krieg weiter am Laufen halten will (15.5.2026: <https://www.merkur.de/politik/precht-eklat-bei-lanz-boeser-verdacht-zum-ukraine-krieg-zr-94308560.html>). Die Wut der offiziellen Medien über diese klaren Worte, die die Politik der Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung der Herrschenden verbreiten, war gewaltig.

Tatsächlich bekam und bekommt die Ukraine Milliarden über Milliarden von den EU-Steuerzahlern, ohne dass diese je einmal gefragt worden wären. Zuletzt genehmigte die EU einen Kredit für die Ukraine in Höhe von 90 Milliarden Euro, der auch für weitere Waffenkäufe Verwendung findet. Das neutrale Österreich haftet dafür mit 3 Milliarden Euro – und beteiligt sich somit neutralitätswidrig an der Fortsetzung des Krieges. Weiters spielte Österreich offensichtlich eine wichtige Rolle dabei, dass durch den österreichischen Raiffeisen-Banken-Konzern in Summe 20 Milliarden in Bargeld (über 1.000 Transporte von Wien nach Kiew) und in Goldbarren in die Ukraine

für die Fortsetzung des Krieges geliefert wurden (Kronen-Zeitung, 10 Mai 2026).

Die Ukraine erhielt bislang hunderte Milliarden zur Fortsetzung des Krieges und baute damit auch eine Rüstungsindustrie aus, die jetzt auch Kriegsrüstung, Drohnen und Kriegswissen („Know How“) in den Westen oder den Nahen Osten (Golfstaaten, Israel) exportiert. An der Ukraine-Front sterben durch die Fortsetzung des Krieges täglich hunderte Soldaten, leidet die Zivilbevölkerung und es werden auch immer mehr Zivilisten getötet. Gleichzeitig nimmt die Ukraine die Milliarden aus dem Westen, um die Kriegsdrohnenbranche zu subventionieren (so sind dzt. rund 500 Firmen mit Kriegsdrohnenproduktion beschäftigt) und – wie stolz berichtet wird – Gewinne schreiben. Kanada, Dänemark, Deutschland, Litauen, Norwegen und Großbritannien planen Rüstungs-Kooperationen (Joint Ventures) mit der Ukraine (Quelle: Kurier, 14.5.2026, „Verkehrte Welt“).

Für die westlichen Kriegstreiber sind die Milliarden an die Ukraine, die die westlichen Bevölkerungen bezahlen und

bei ihnen zu Kürzungen und „Sparpaketen“ führt, in der Ukraine und im Ukrainekrieg „gut angelegt“. Die Ukraine mit Selensky an der Spitze kämpfen nicht für „europäische Werte“, sondern arbeiten – wie schon in Friedenszeiten zuvor wirtschaftlich als verlängerte Werkbank – dem Westen in dessen Aufrüstungs- und Kriegsplänen zu. Alle Beteiligten haben kein Interesse an einer schnellen Beendigung des Krieges.

Genau das hat auch David Precht ausgesprochen. Denn je schneller der Krieg in der Ukraine endet, umso weniger können die Kriegstreiber in der Ukraine und im Westen weiter Profite machen. Denn bei einem Frieden in der Ukraine fiele einer der zentralen „Begründungen“ der Kriegstreiber weg: dass sie weiter aufrüsten und Kriegspläne zur „Unterstützung der Ukraine gegen Russland“ umsetzen. In Wirklichkeit verdienen sie sich tagtäglich eine goldene Nase auf dem Rücken der Toten im Ukrainekrieg und auf Kosten der westlichen Bevölkerungen.

Atom(bomben)-Deal USA - Saudi-Arabien

Die Atombomben-Supermacht USA und das Atombomben besitzende Israel begründen den Krieg gegen den Iran damit, dass der Iran keine Atombombe haben soll. Gleichzeitig schlossen die USA mit Saudi-Arabien ein Atomabkommen, das den Bau von Atombomben ohne IAEA-Kontrollen ermöglicht. Schon seit vielen Jahren rüsten die USA ihnen genehme halb- bis ganzdiktatorische Regime - Demokratie hin, Demokratie her - atomar auf. Erinnert sei an Pakistan, an Indien, an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und nicht zuletzt an Israel. Und auch gerade in Japan, das erste Opfer der USA-Atombombenabwürfe mit Hunderttausenden Toten, streben die USA mit der dortigen erzkonservativen Regierung einen Atomwaffen-Deal an. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Der "Friedensbringer" USA entpuppt sich immer mehr als Atom-Todes-Engel für die Welt.

Aber auch in Europa (siehe nachfolgende Beiträge) soll über den Weg der sogenannten "zivilen" Atomnutzung der Weg zur kriegerischen Nutzung, zu Atomwaffen und Atombomben, verschleiert und gegangen werden. Deshalb hält sich die "Kritik" an den USA in Grenzen. Es wird protestiert und empört getan, aber letztlich in

Konkurrenz zu den USA an eigener - auch atomarer - Aufrüstung direkt oder indirekt gearbeitet. **Wo bleibt der glaubwürdige Protest des atomkraftfreien und Atomwaffen freien Österreich?** Lieber feiern Außenministerin Meisl-Reisinger, Bundeskanzler Stocker und andere hochrangige Bundesregierungsmitglieder sowie der Bundespräsident Van der Bellen (VdB) bei den Salzburger Festspielen. Sie reden von Heimat und davon, dass wir "europapatriotisch" sein müssten. Kein Wort über Österreichs wichtige Rolle als immerwährend neutraler Staat. Und: sie missbrauchen die weißrussische Festrednerin, die sich auch gerne dazu hergibt, um die "Wertegemeinschaft" des Westens gegen Osten (Russland) zu propagieren. Wir "Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg", die seit Jahren gegen die Kriegstreiber in Ost und West, in Europa und in Österreich sind und auftreten, wissen aber auch: Diese "Wertegemeinschaft des Westens" mit ihrer Führungsnation USA - auch wenn sie Trump nicht mögen - rüsten in Konkurrenz untereinander sich selbst und immer mehr Länder der Welt im Namen von "Freiheit und Demokratie" militärisch und atomar auf. Dabei treten sie gleichzeitig in ihren eigenen Ländern die Demokratie und die Freiheit immer mehr mit Füßen.

In unserer Dezemberausgabe sind folgende Artikel geplant:

- Islands neuerliches EU-Nein
- Über 3 Landtagswahlen in Deutschland und die Rolle der AfD
 - Volksabstimmung in der Schweiz
- über die Verankerung der Neutralität in die Verfassung

AKW-Abschaltungen wegen extremer Trockenheit und Hitze

Schon in früheren Jahren wurden bei Hitze AKWs abgeschaltet, und erst recht in diesem bislang heißesten und trockensten Sommer. Die Folge: **Flüsse führen wegen extrem wenigen Niederschlägen zu wenig Wasser** und/oder das Abwasser aus der AKW-Kühlung bis zu 33° Celsius warm sein kann, bzw. die Flüsse schon bis zu 30° Celsius warm sind. Dann ist nämlich die AKW-Kühlung gefährdet oder nicht mehr möglich. Das war auch dieses Jahr bereits seit Juni und über den ganzen Sommer z.B. in Frankreich, Bulgarien, Ungarn, der Schweiz usw. so. AKWs müssen runtergefahren werden. Das ungarische AKW Paks wurde mit einer Ausnahmeregelung weiter betrieben obwohl die Donau dort schon absolutes Niedrigwasser führte und schon mehr als 30° Celsius

hatte. Die jährlich zunehmenden Hitzeperioden mit immer neuen Höchstwerten bis zu 40° Celsius und mehr sind die Folge des Klimawandels. Doch der wird von den Konzernen geleugnet und ausgerechnet AKWs als Ausweg aus der Klimakatastrophe propagiert. Die AKW-Abschaltungen beweisen das Gegenteil. Ganz abgesehen davon, dass AKWs völlig ineffizient, todesgefährlich und enorm teuer sind. Nur ein Drittel der bei der Kernspaltung frei werden Energie wandeln AKWs in Strom um, der Rest der Energie geht als Abwärme verloren und wärmt Umgebung, Flüsse oder Meer auf. Trotzdem drängt die Atommafia weltweit zu neuen Atomfinanzierungen und z.B. die EU öffnet dafür milliardenschwere Geldschleusen für die Konzerne (Stichwort Taxonomie-Verordnung).

USA wollen AKW-Strahlenschutzwerte stark senken!

Die Atomlobby beteuert immer, dass Bau und Betrieb von AKWs billig seien. Dass das nicht stimmt, haben wir schon vielfach nachgewiesen. Jetzt wird es dadurch bestätigt: die USA (das Land mit dem meisten Atomreaktoren - 94 Reaktorblöcke in 54 Kernkraftwerken) **wollen beim Bau und Betrieb von AKWs Sicherheitsstandards nach unten "anpassen", Strahlenschutz und Grenzwerte verringern!** Damit erhofft man sich einfachere Betriebsabläufe, schnellere Genehmigungsverfahren

und damit "billigere" AKWs. Klar ist, AKWs sind nicht billig und nicht sicher. Die Strahlung ist auch schon im Normalbetrieb da und wirkt auf die Umgebung negativ. Klar ist, dass diese "Verbilligung" (=Profit für die Atommafia) auf Kosten der Sicherheit von AKW-Betriebsgesellschaft, Anrainer und letztlich der gesamten Bevölkerung geht! (Quellen: Kronen-Zeitung, 19.7.2026 sowie div. Print- und Digitalmedien, Agenturen, ORF, atomstopp-oö, global2000).

Weitere tödliche Machinationen der Atommafia um ihre Atomprofite zu erhalten

Das AKW **Mochovce** in der Slowakei (100 km von Wien entfernt) wird nach 40 Jahren Bauzeit mit Brennstäben befüllt. Im AKW sind große Teile der Anlage überaltert, das AKW besitzt keine luftdichte Schutzhülle um Reaktor und Kühlkreislauf (Containment), ähnelt damit dem Tschernobyl-Reaktor.

Der **Bau der tschechischen AKWs Dukovany 5 und 6** (nur 30 km von Österreichs Grenze entfernt) wird von Raiffeisen mit einem Kredit finanziert. Hintergrund: Die Kosten dürften sich von 16 Mrd. Euro auf 30 bis 39 Mrd. Euro mehr als verdoppeln! Bei der EU hat Tschechien für ein staatliches Darlehen ca. 30 Mrd. Euro angesucht (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202602825). Seit dem EuGH-Urteil zum GB-AKW-Hinkley Point 3 gelten staatliche Darlehen für AKWs nicht wettbewerbsverzerrend!

Und wegen der immer höher werdenden Kosten, die die privaten AKW-Errichter und Betreiber nicht aufwenden wollen, **sollen die tschechischen AKWs Schritt für Schritt voll verstaatlicht** und damit neben dem **Risiko** auch die **Kosten voll auf die Allgemeinheit abgewälzt** werden.

Der tschechische Industrieminister will für das AKW **Temelin** eine Laufzeitverlängerung um 60 Jahre (!) bis 2080! Dazu muss man wissen, dass die meisten AKWs auf eine maximale Laufzeit von 25 bis 30 Jahre konzipiert waren. (Quellen: div. Print- und Digitalmedien, Agenturen, ORF, atomstopp-oö, global2000).

Das alles zeigt, die Atomlobby mit ihren politischen Handlangern, kümmern sich ganz und gar nicht um die tödlichen Risiken für Bevölkerung und Umwelt, dass es ihnen nur um den Profit geht - koste es was es wolle.

Mega-Google-Rechenzentrum in OÖ

Enorme Umweltbelastung durch Mega-Google-Rechenzentrum in Kronstorf/OÖ

Während so manche:r Politiker:in in Sonntagsreden Klimaschutz fordert oder gegen die großen US-Digital-Konzerne wettet, zeigt sich beim Google-Rechenzentrum in Kronstorf in Oberösterreich das gerade Gegenteil. Von langer Hand vorbereitet, (*"im Gemeinderat von Kronstorf wurden sämtliche dafür notwendigen Beschlüsse von allen vier Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne) einstimmig beschlossen"* - ORF, 17.7.2026;

<https://ooe.orf.at/stories/3362985>. Die wahre Dimension der Bevölkerung vorenthaltend wird das Projekt nun hingestellt, jetzt kommt nun die Wirklichkeit ans Tageslicht. Statt wie früher kleiner angegeben soll jetzt das ganze Areal mit 50 Hektar - alles zuvor wertvolle Ackerböden - bebaut werden. *"Der Stromverbrauch wird etwa jenem von 900.000 privaten Haushalten pro Jahr entsprechen, so die Einschätzung von Austrian Power Grid (APG) Zum Vergleich: In Oberösterreich gibt es knapp 676.000 Haushalte"* (ORF, 18.3.2026; <https://ooe.orf.at/stories/3346531>. Für die Kühlung der Server werden Millionen Kubikmeter Wasser benötigt,

diese müssen durch mehrere neu zu errichtenden Brunnen bereitgestellt werden. Das Kühlwasser des Google-Rechenzentrums wird mit einer Temperatur von bis zu 30° Celsius in die Enns geleitet - eine Umweltkatastrophe für den Fluss, wie man schon jetzt bei der Hitze im Land sieht. Zudem: Während für jedes Windrad eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist, ist das bei dem Riesen-Rechenzentrum (RZ) nicht vorgesehen. Die OÖ-Landesregierung versteckt sich und mauert. Die Bundesregierung schweigt. Die SPÖ hat nichts gegen das Google-Monster, verlangt nur in Zukunft auch für solche Anlagen eine UVP. Das ist absolut zu wenig. Deshalb protestieren schon seit geraumer Zeit und immer mehr Menschen gegen das Projekt. Der Bau muss gestoppt, die

Un-Verantwortlichen, die das alles verschwiegen und hinter verschlossenen Türen mit dem Google-Konzern ausgemacht haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Mehr Infos bei der BI RZ Kronstorf (<https://www.koogole.at/>) und ein Interview mit der BI (<https://www.moment.at/story/google-rechenzentrum-kronstorf-null-wertschoepfung/>).

Doch das RZ in Oberösterreich ist nicht das einzige, wenn auch eines der größten im Lande. Derzeit laufen etwa 50 RZ in Österreich. Doch „die Wirtschaft“ will mehr, nämlich große KI-Rechenzentren, egal was das für Umwelt, für den enormen Strom- und Wasserbedarf bedeutet und den Umstand, dass das meist von der Bevölkerung nicht gewünscht ist und diese auch dazu nicht gefragt wurde. Allein im ÖVP-FPÖ regierten NÖ sind im letzten Jahr 3 große RZs von Microsoft in Betrieb gegangen (<https://noe.orf.at/stories/3311693>). Die Republik Österreich (ÖVP-SPÖ-Neos-Regierung) und die Wiener SPÖ-Neos-Stadtregierung wiederum bewerben sich für eine der geplanten fünf europäischen AI-Gigafactorys. *„Der Standort in Wien würde Investitionen von bis zu fünf Milliarden Euro erfordern, davon sollen 65 Prozent der Mittel aus der Privatwirtschaft und 35 Prozent von öffentlicher Hand (EU- oder nationale Mittel) kommen“* (<https://campus-a.at/news/news-detail/ki-rechenzentren-wo-und-warum-oesterreich-sie-bauen-muss>). Auch das bestehende RZ in Graz-Puntigam des deutschen Unternehmens Nexspace soll mit Zustimmung der KPÖ-Grünen-Stadtregierung auf das Doppelte ausgebaut werden (<https://steiermark.orf.at/stories/3368580>). Alle Parteien, egal welcher Farbe, bezeichnen die AI-Gigafactorys als „Zukunftsinvestition“ – ungeachtet der negativen Folgen. Profitieren davon werden die USA-, EU- oder deutschen Großkonzerne, Kosten-, Klima- und Umweltfolgen tragen die Allgemeinheit.

Klimaschutz k.o.

Die zunehmend katastrophale Situation bezüglich Klima interessiert die Politik und die allermeisten Unternehmer nicht wirklich. Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass der Handlungsbedarf dringend ist und Veränderungen in der Produktion CO₂-speiender Produkte bereits in der höchsten Dringlichkeitsstufe angelangt sind!

Stattdessen hängt man Träumen von zweifelhafter Wirkung und ungeheuren Kosten nach, wobei die positive Auswirkung auf das Weltklima offen bleibt.

Zum Beispiel:

* Die Forscher Jelle Smit und Henk Dijkstra von der Uni Utrecht schlagen vor, dass man dort, wo Sibirien und Alaska kaum 80 km voneinander entfernt sind und das Bering-Meer dort durchschnittlich nur 50 Meter tief ist,

einen Damm zu errichten. Wie? Mit einem Koloss, dessen schräge Seiten 20 Meter über den Meeresspiegel ragen und der an seiner Krone 100 Meter breit ist. Dafür bräuchte man "grob gerechnet" 1,3 Kubikkilometer an Material. Das entspräche dem Volumen der altägyptischen Cheopspyramide - 500-Mal!

Durch die Blockade dieses "Nadelöhrs" soll verhindert werden, dass die Nordatlantische Umwälzströmung erliegt. Deren Kollaps befürchten Fachleute, denn infolge der Erderwärmung erlahmt das natürliche Fließband, das an der Oberfläche des Atlantiks warmes Wasser nach Norden und kaltes Wasser durch die Tiefsee nach Süden befördert.

Es sei denn, so der Gedanke, man kappt einen Teil des Kaltwasser-Nachschubs, indem man ihn nicht mehr die Beringstraße passieren lässt.

Veröffentlicht in der Fachzeitschrift "Science Advances"

Ein anderes Beispiel:

* John Moore, Glaziologe an der Universität von Lappland in Rovaniemi will abrutschende antarktische Gletscher verlangsamen, indem er Hunderte Meter tiefe Bohrlöcher durch den Eispanzer treiben möchte, um von deren Unterseite Schmelzwasser abzupumpen, das den Untergrund des Gletschers wie ein Schmiermittel rutschig macht. Moore schlug den Pine-Island-Gletscher in der Westantarktis für einen ersten Anlauf vor. Dessen Eis ist im Durchschnitt etwa zwei Kilometer dick.

Veröffentlicht in der Zeitschrift "Nature"

Oder:

* Das Team des Ozeanografen Piero Lionello von der Universität Salerno, Italien, skizziert drei Methoden, um die Stadt Venedig "angesichts unzureichender Klimapolitik" über das laufende Jahrhundert hinaus bewohnbar zu erhalten:

1. Eine Erweiterung der bereits installierten Fluttore.
2. Eine neue Ringmauer inmitten der Lagune mit der historischen Altstadt in ihrem Inneren.

3. Eine permanente Eindeichung. Zusätzlich soll es eine Verlegung historischer Bauten auf das Festland geben.

Veröffentlicht in der Zeitschrift "Nature Scientific Reports".

Man könnte meinen, am Beispiel Venedig habe jemand seine Ingenieursfantasien ausgelebt. Doch beinahe beschwörend betonen Lionello und seine Kollegen (siehe oben): "Rascher Klimaschutz könnte immer noch die schlimmsten Langzeitfolgen vermeiden."

Auch Jelle Soss (siehe weiter oben) preist seine Idee nicht als bevorzugte Lösung an, sondern sagt: "Ich denke, Klimaschutz durch Emissionssenkung ist bei Weitem die beste Option:"

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, aber nichts zu erwarten bei der Hartnäckigkeit von Politik und Geldhaien!

Lieber noch mehr Geld unnötig verbauen, als Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes treffen!

Kein Klimawandel?

An die 400.000 Menschen flohen allein in Europa vor Bränden

In Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland, Kroatien, Großbritannien, Kanada, Russland brennen Zehntausende Hektar Land. Die Großstadt Bordeaux in Frankreich ist bedroht (<https://orf.at/stories/3437230>, 25.7.2026). Allein in Sibirien sind 100.000 Hektar Land zerstört (https://www.iqair.com/ch/newsroom/wildfire-map-spotlight-krasnoyarsk-fires-russia?utm_source=copilot.com), davon hört man in

unseren Massenmedien gar nichts. Folgt man den Berichten, ist das alles zwar schlimm, aber halt auf Unachtsamkeit der Menschen wegen der Trockenheit zurückzuführen. Doch schon in der Vergangenheit "entstanden" viele Waldbrände durch Brandstiftung im Interesse von Immobilienkonzernen, z.B. in Griechenland. Kein oder kaum ein Wort in den Massenmedien über die wahren Ursachen. Im Sommer mag wohl manchmal "menschengemacht" stimmen, z.B. durch unachtsam weggeworfene Zigarettensammel. Aber bei sintflutartigen Starkregen und Stürmen wird wohl kein persönliches "Verschulden" vorliegen. Woher kommen extreme Trockenheit und Dürre, Unwetter und

Überschwemmungen? Sie entsteht durch die jahrzehntelange Ausbeutung von Natur und Umwelt durch die Industriekonzerne im Interesse ihrer Profitmaximierung, die zum Klimawandel und zu Klimakatastrophen führ(t)en! Wenn es um die Profite der Konzerne geht, dann werden selbst die kleinsten Klimaschutzmaßnahmen verhindert oder wenn beschlossen, wieder von der Politik im Interesse der Industrielobby zurückgenommen wie jüngst in der EU (siehe oben). Der Kapitalismus, die Profitwirtschaft ist der Feind von Umwelt, Natur und Klima - nicht "der Mensch"!

Während für Militär und Kriegausrüstung hunderte Milliarden Euro fließen, ist z.B. in Frankreich nicht einmal ein ausreichend großes Flugzeug vorhanden, das von der Luft aus bei den Löscharbeiten behilflich sein könnte. Von Sicherheit ist andauernd die Rede, wenn es um Kriegausrüstung geht, also um die größtmögliche Unsicherheit, die sich Menschen vorstellen können und erleiden. Aber nicht einmal für Katastrophenschutz ist dann genügend Geld da. Wie bei Atom und Rüstung geht Profit vor Leben!

Klimakatastrophe

Für die EU kein Thema

Im Interesse der Industrie weicht die EU-Kommission den Emissionshandel (ETS), den es seit 2005 gibt, noch mehr auf. So soll die Gesamtzahl der Zertifikate für den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß langsamer abnehmen, statt bis 2039 nun bis 2047 und es noch länger Gratiszertifikate geben, u.zw. bis 2037. Während im Energiesektor der CO₂-Ausstoß zurückging, ging er in der Schwerindustrie fast nicht zurück. Trotz Hitze-, Überschwemmungskatastrophen und einem permanenten,

besonders in Europa noch schneller erwarteten Temperaturanstieg, gibt die EU der Industrielobby nach. Auch die österreichische Industrie behauptete, dass durch die Klimavorgaben "die Wirtschaft" geschwächt werde. Jetzt geht es noch mehr auf Kosten von Umwelt, Klima und Gesundheit und Leben der Menschen. 1.000 Hitzetote (Übersterblichkeit) in Österreich, Hunderttausenden weltweit, sind den Konzernen für ihre Profitinteressen völlig wurscht. Während die Profiteure und Reichen

spekulieren, sich ein sicheres, unwettergeschütztes oder kühles Platzerl auf der Welt in dann militärisch abgesicherten Sektoren und Regionen (wie z.B. in den USA schon zum Teil Realität) sichern zu können, werden immer mehr Menschen schon dort, wo es noch Frieden

gibt, Opfer der Profitgier der 1% der Konzerne und Reichen. Und die österreichische Regierung hat dem in der EU ausdrücklich zugestimmt und die FPÖ-Opposition hat dazu applaudiert.

Anhebung des Pensions-Antrittsalters? Nein, danke!

Immer wieder kommen aus der Industriellenvereinigung (IV) die Begehrlichkeiten, dass die Regierung das Pensionsantrittsalter erhöhen soll. Zuletzt verlangte IV-Präsident Knill, dass wir arbeitende Menschen bis 68 oder 70 Jahre arbeiten sollen. Arbeiten bis zum Umfallen, womöglich vom Arbeitsleben in den Sarg, das ist die Botschaft der Industriellenvereinigung. Im Regierungsprogramm steht derzeit nichts von einer Anhebung des gesetzlichen Pensions-Antrittsalters. Jetzt eröffnet die ÖVP doch auf Druck der IV die „Pensions-Diskussion“. So verlangte neben der von der Industrie finanzierten „Agenda Austria“ und Tirols Landeshauptmann Mattle auch die Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes Ingrid Korosec, dass man über längeres Arbeiten und eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantritts „diskutieren“ müsse. Mit ihrem Vorschlag, dass das ja nur für jene – meist Akademiker – gelten soll, die später ins Berufsleben eintreten, macht sie die Tür auf zur generellen Infragestellung des gesetzlichen Pensionsantritts mit 65 Jahren. Zudem operiert sie mit dem Neideffekt, in der Hoffnung, dass die Mehrheit der Nichtakademiker dagegen nichts sagen würde. Doch wie in anderen Bereichen auch, fangen die Kürzungen bzw. Verschlechterungen mit Angriffen auf eine „unbeliebte“ Gruppe an, am Ende gilt es dann für alle. Das ist das Ziel des nun als Probestab für ÖVP und Industrie von Korosec gestarteten Vorstoßes.

Korosec sagt auch bewusst nicht dazu, dass ihr „Konzept“, den gesetzlichen Pensionsantritt an die Zahl der Berufsjahre zu koppeln, vor allem Frauen, also sicher keine Minderheit, trifft. Denn aufgrund der Realität, dass nach wie vor die unbezahlte Hauptarbeit von Kinderbetreuung, Pflege etc. also die so genannte „Care-Arbeit“ auf den Frauen lastet, also durch Doppel- und Dreifachbelastung der Beruf leidet und dann Berufsjahre fehlen. Die Folge: Pensionsraub, Altersarmut. Außerdem ist es derzeit so, dass rund ein Drittel (!) aller Arbeitslosen (= 120.000 Menschen) über 50 Jahre alt ist (Quelle: AMS), weil Firmen eben gerne ältere Beschäftigte kündigen bzw.

nicht mehr einstellen wollen. Schon 15,5 % der arbeitslosen Männer und 10,2 % der arbeitslosen Frauen wechseln von der Arbeitslosigkeit in die Pension (Quelle: Momentum-Institut). Auch hier ist die Folge durch den Einkommensverlust Pensionsraub, Altersarmut. Das bedeutet der Korosec-Vorschlag. Und die Wirtschaft selbst schafft mit ihrem Vorgehen, immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, Löhne und Gehälter zu drücken und Menschen bis zum Pensionsantrittsalter mit 65 im Erwerbsleben zu halten, selbst die Voraussetzung für ihre Propaganda von der „Unfinanzierbarkeit der Pensionen“. Sie lenkt gleichzeitig davon ab, dass sie durch Verweigerung einer angemessenen Reichen-, Vermögens-, Konzernbesteuerung- oder einer generellen Wertschöpf-



ungsbesteuerung selbst die sozialen Kassen auf Kosten der Allgemeinheit plündert und danach über „leere Kassen“ klagt, dem nur durch längeres Arbeiten begegnet werden könne. Das ist die ihre Profitinteressen verschleiende Propagandalüge der Industrie – nicht nur – bei der Pensionsdebatte.

Man muss sich vor Augen halten, dass bei der steigenden Produktivität und dem immer größeren Reichtum auf der Erde, nicht die Finanzierbarkeit das Problem ist, sondern der politische Wille diese riesigen Werte den zurückzugeben, die diese Werte geschaffen haben.

Der geplünderte Insolvenzentgeltfonds (IEF)

Meldet ein Unternehmer/Unternehmen Insolvenz an, deckt der Insolvenzentgeltfonds (IEF) die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten ab, das sind ausstehende Löhne, Urlaubersatzleistungen und Abfertigungen. Jetzt meldet der IEF zwar nicht auch Insolvenz an, aber es geht ihm das Geld aus. Wieso?

Der IEF wurde 1978 unter einer SPÖ-Alleinregierung gegründet. Zuerst beim AMS angesiedelt wurde er 2001 (ÖVP-FPÖ-Regierung) in eine GmbH ausgegliedert

(<https://www.insolvenzentgelt.at/ueber-uns/unser-unternehmen/geschichte>).

Der IEF ist so etwas wie ein Solidarfond, in dem die Summe der Unternehmen einzahlt für den Fall, dass Firmen pleitegehen. Finanziert wird der IEF daher aus den sogenannten „Arbeitgeberbeiträgen“, dem IESG-Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag vom Bruttolohn der Beschäftigten. Da die Unternehmenseite abgabentechnisch den IEF-Beitrag abführt, reden die

Unternehmer gerne von „Lohnnebenkosten“, die sie auch so stark belasten würden. Tatsächlich sind diese wie auch alle anderen „Arbeitgeberbeiträge“, die die Unternehmer bloß abführen, vorher von den Arbeitern und Angestellten bereits erwirtschaftet worden. Das Gerede von den „Lohnnebenkosten“ soll genau davon ablenken.

Weil die Wirtschaft schwächelt und immer mehr Firmenpleiten stattfinden, sind auch die Aufwendungen aus dem IEF stark angestiegen. Wobei anzumerken ist, dass etliche Firmen Pleiten provozierten (z.B. KTM) oder durch „Pyramidenspielkonstruktionen“ mit krimineller Energie verschuldeten (Signa) und so die Kosten auf den IEF, also die Allgemeinheit abwälzten. War zu Jahresanfang im IEF noch ein Guthaben von 385 Mio. Euro vorhanden, dürfte dieses bis Jahresende auf 30 Mio. Euro schrumpfen. Das zuständige Arbeitsministerium geht davon aus, dass 2027 rund 350 Mio. Euro an IEF-Auszahlungen wegen Firmenpleiten nötig sein werden. Über den aktuellen IESG-Zuschlag (dzt. nur 0,1%) kommen aber nur 162 Mio. Euro herein. Das ergibt eine Finanzierungslücke von rund 160 Mio. Euro (Kurier, 25.7.2026).

Die schnellste Lösung lt. z.B. Arbeiterkammer (AK) wäre, den IESG-Zuschlag, der 2022 von 0,2 % auf 0,1 % gesenkt wurde, zumindest wieder auf 0,2% zu erhöhen. Das brächte 162 Mio. Euro und es gäbe keine aktuelle Finanzierungslücke. Doch Unternehmervertreter (Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung), ÖVP und Neos wollen das nicht. Stattdessen soll der IEF, also der Staat, Kredite zur Finanzierung der Unternehmerpleiten aufnehmen. Da spielt dann das Budgetdefizit auf einmal keine Rolle und soll für die Unternehmer das Budget-„Sparprogramm“, das uns allen aufgehalst wird, nicht gelten? Die Neos wollen gar, dass Wirtschafts- und

Arbeiterkammer die IEF-Lücke aus ihren Rücklagen abdecken. Das würde bedeuten, dass die Arbeiter und Angestellten, durch die Insolvenz der Unternehmer unverschuldet zu Arbeitslosigkeit gekommen, auch noch ihre ausständigen Gehälter mitfinanzieren sollen. Unverschämt!

Was ganz verschwiegen wird ist, dass der IESG-Zuschlag der Unternehmer, aus dem sich der IEF finanziert, über viele Jahre hinweg immer mehr gekürzt wurde und zwar über mehrere Stufen von 0,7% im Jahr 2007 auf 0,1% im Jahr 2022 (<https://www.szabo.at/lohnnebenkosten-auch-2022-gesenkt>). Die Unternehmer ersparten sich dadurch Milliarden Euro! **„Schätzungen der Arbeiterkammer zufolge ist durch die Senkung des Insolvenz-Entgeltsicherungsbeitrags (allein) in den letzten 10 Jahren von 0,55 % auf nun 0,1 % ab 2025 und in den kommenden Jahren mit einem Einnahmenverlust für den IEF von knapp 700 Mio. jährlich zu rechnen“** (https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/J/359/fn_ameorig_1667777.html). Und 2028 senkt die Regierung auf Druck der Industrie und Betreiben von ÖVP und Neos die „Lohnnebenkosten“ des FLAF (Familienlastenausgleichsfonds), in Wirklichkeit also Familienleistungen, um weitere 2 Milliarden Euro. So plündern die Unternehmer und Konzerne unsere Sozialtöpfe, denn schon von den vergangenen „Lohnnebenkostenkürzungen“ – alleine beim IEF um viele, viele Milliarden Euro – haben die Arbeiter und Angestellten nichts zusätzlich in ihrer Geldbörse gesehen. Im Gegenteil, sie wurden – wie die Ebbe im IEF-Budget zeigt – gekündigt und in die Arbeitslose geschickt, was einen Einkommensverlust von 45 % bedeutet.

VW & Mercedes:

Milliarden für Aktionäre – Stellenabbau und längere Arbeitszeiten für Beschäftigte

VW verdiente in fünf Jahren über 68 Milliarden Euro und will mit der Rüstungsindustrie kooperieren.

Volkswagen gehört zu den profitabelsten Industriekonzerne Europas. **Allein in den letzten 5 Jahren machte VW über 68 Milliarden Euro Gewinn, 28 Milliarden Euro wurden an die Aktionäre an Dividenden ausbezahlt.** Trotzdem sollen bis zu 100.000 Arbeitsplätze weltweit gestrichen werden, Standorte an die Rüstungsindustrie verkauft und mit Rüstungsfirmen kooperiert werden (VW „in Kontakt mit diversen Rüstungsunternehmen“: <https://orf.at/stories/3425166>, 26.3.2026). Auch bei Mercedes will das Management, dass die Beschäftigten auf Lohn verzichten und länger arbeiten sollen. Während der Mercedes-Boss in den letzten Jahren 50 Millionen Euro verdiente. (Quelle: <https://kontrast.at>)

Aber nicht genug damit, noch mehr Profit soll her. Wie? Zur „Rettung“ des VW-Standortes Osnabrück soll nach einer Vereinbarung zwischen dem von der SPD regierten deutschen Bundesland Niedersachsen, VW, Aurelius Capital Tel Aviv und dem israelischen Rüstungskonzern Rafael dort Kriegsrüstung produziert werden. Aurelius übernimmt die Mehrheit. Produziert werden soll „Kampftechnologie“, z.B. „Advanced Defense Systeme“ für das israelische „Iron Dome“-Raketensystem und Komponenten für deutsche und europäische Luftkraketenysteme. Der VW-Konzern sichert durch den Verkauf seine Profite. Wollen die VW-Arbeiter:innen künftig ihren Job behalten, müssen sie Rüstung für das Töten von anderen Arbeiter:innen auf der Welt produzieren. So schaut die „gesellschaftliche Verantwortung“ der VW-Bosse und des Landes Niedersachsen aus. Besonders erschütternd: Sowohl der VW-Gesamt-, also der Konzernbetriebsrat als auch der Betriebsratsvorsitzende des VW-Werkes Osnabrück bezeichneten den Deal als „Meilenstein“ und als „großen Erfolg“. (Kurier, 8.9.2026, <https://orf.at/stories/3441459/>, 7.9.2026).

Zum Nachschauen:

VIDEO von der Podiumsdiskussion am 23. Juni 2026

Die Lüge von der Schutzfunktion von Sky Shield Warum Raketen-Abschussrampen in Österreich? Der NATO-Deutschland-Sky-Shield bedroht Österreich.



Hier ist der Link zum Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=eRgX82JnuKY>

Podiumsdiskussion mit DI Mag. Günther Greindl (General i.R., ehem. Leiter von UN-Missionen), Dr. Gabriele Matzner (Botschafterin a.D.), Dr. Michael Kösten (Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, GGAE), Moderation: Mag. Heidemarie Tschida (GGAE)

NEU: Link zur Playlist unseres GGAE-YouTube-Kanals:

https://www.youtube.com/@ggae_wien

Verbreiten Sie bitte unsere VIDEOS sowie Flugblätter, Einladungen und die Artikel zum Thema bzw. unsere Zeitung (siehe Homepage). Das ist ein Beitrag gegen die mediale Kriegshetze, für Demokratie, Sozialstaat, Neutralität und Frieden.

Rückblick: Zum Nachschauen und Weiterverbreiten

V I D E O: 40 Jahre AKW-Super-GAU in Tschernobyl

Kurz-Statements:

Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb: <https://www.youtube.com/watch?v=7H6oQBH25Bg&t=6s>

Prof. Dr. Nikolaus Müllner: <https://www.youtube.com/watch?v=rrubnCPa5UA&t=74s>

Dr. Wilfried Leisch: <https://www.youtube.com/watch?v=RO-9vPH4wD8&t=4s>

Die gesamte Podiumsdiskussion: <https://www.youtube.com/watch?v=GDW3CcSKCcI>

Mo., 26. Oktober 2026

Tag der NEUTRALITÄT

ab 10.00 Uhr

**JA zur NEUTRALITÄT
NEIN zu Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!
Nein zu EU-NATO-Sky Shield**

Aktionstag, Kundgebung, Flugblattverteilung

**Treffpunkt: 1010 Wien, Nähe Burgring 6,
vor dem Eingang Volksgarten zum
Heldenplatz, zwischen Radweg und
Fahrbahn/Straße/Ring**

**Helft mit! Setzen wir ein Zeichen für
die immerwährende Neutralität!**

Anfragen und Anmeldung bitte an: ggae@gmx.at

KONFERENZ

**Neutralitätspolitik für Soziales,
Wirtschaft, Umwelt und Frieden**

16. Oktober 2026, 9.00 – 18.00 Uhr

Ort: VHS-Meidling, Längenfeldgasse 13

*

Wir „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ beteiligen uns aktiv an der Konferenz des Aktionsbündnisses für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit, durch Kurzreferat und der Teilnahme an den drei Foren, Arbeitskreisen, Präsentationen und Diskussionen.

Das komplette Konferenzprogramm siehe:

https://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2026/09/KONFERENZPROGRAMM_Neutralitaetspolitik-fuer-Soziales-Wirtschaft-Umwelt-Frieden_16-10-2026.pdf

*

Anmeldung bei uns unter ggae@gmx.at,
Kennwort: „Konferenz“.

Wir leiten die Anzahl der Teilnehmer:innen auf Wunsch an die Veranstalter weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam

Datenschutzerklärung siehe:

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Empfänger: Gewerkschafter gegen Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:
solidaritaet@gmx.at